

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie mit Anzeigen bei Wilsdruff und Umgebung nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezahlung bei
Einschickung monatlich 3 M., durch unsere Mitglieder gegenüber in der Stadt monatlich 4 M., auf dem Lande
6 M., durch die Post bezogen monatlich 7 M., mit Zustellungsgeld. Die Postgebühren und Postkosten (siehe
unser Anzeigen und Geschäftsstelle) können übergeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezahlungsbetrags.



Interessante 1 M. für die höchsten Korrespondenz oder deren Raum, Lokale etc. etc., Anzeigen 2 M. 20.
Die Wiederholung und Fortsetzung entsprechend. Zeitungsabonnenten im amtlichen Teil (nur von
Zeitung) die 2. Hälfte Korrespondenz 3 M., Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Einzelanfragen bei Vermerk
20 Uhr. Für die Rückgabe der nach Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Gewähr. Jeder
Antrag erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Besteller in Kasse geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 81.

Freitag den 8. April 1921.

80. Jahrgang.

Umtlicher Teil.

Kesselsdorf.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken um. erfolgt morgen Freitag den 8. April
d. J. vormittags von 10—12 Uhr im Gemeindeamt.

Kesselsdorf, am 7. April 1921

Der Gemeindevorstand.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleibt
das Finanzamt und die Finanzkasse
am 11. und 12. d. M. für den öffentlichen Verkehr geschlossen.
In diesen Tagen werden nur dringliche Sachen in der Zeit von 10—12 Uhr
vormittags erledigt. Die Finanzkasse ist auch während dieser Zeit geschlossen
Wissen, am 6. April 1921.

Das Finanzamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung hat in einem Schreiben an den
Völkerbund gegen die Anwesenheit französischer Truppen und
die Anwendung der französischen Rechtspflege im Saargebiet
protestiert.

* Die Meldung von handrechtlichen Erschießungen in
Mitteldeutschland wird amtlich in Wrede gestellt.

* Im schlesischen Landtag veranlaßten die Kommunisten
wüste Vorkämpfer. In parlamentarischen Kreisen rechnet man
mit einem baldigen Austritt der mehrheitssozialistisch-unabhängigen
Regierung.

* Der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien
stimmt einer von allen Parteien unterzeichneten Entschließung
zur Begründung für ein ungeteiltes Ober-Schlesien zu, die der
Staatsregierung zur weiteren Erledigung überwiesen wurde.

* Im französischen Senat drohte Ministerpräsident Briand
Deutschland mit neuen Gewaltmaßnahmen.

* Nach einer Meldung aus Paris wird die Interalliierte
Vollstreckungskommission in Oberschlesien erst nach dem
15. April mit der Ausarbeitung des neuen Grenzplans
begonnen.

„Mit harter Faust.“

In und seit London hat der französische Minister-
präsident, seinen sonstigen Gewohnheiten zuwider, sich an-
fällig still verhalten; diesmal sollte Lloyd George ihm die
Kassianen aus dem Feuer holen. Das ist ja nun mittler-
weile so ziemlich geschehen; die vereinbarten Gesetze und
Verordnungen sind erlassen, die Zollgrenze am Rhein ist
so gut wie eingerichtet, es kann also sozusagen losgehen
mit den famosen „Sanktionen“, zu deutsch: Gewaltmaß-
nahmen. In Deutschland hat man nicht aufgehört und
wird man nicht aufhören, gegen diesen Rechtsbruch zu
protestieren, aber man glaube doch nun wenigstens vor
seinen Bedrückten im Westen solange Ruhe zu haben, bis
diese die Wirkung ihrer neuesten Strafmaßnahmen, sagen
wir sechs oder zwölf Monate hindurch, erprobt haben
würden. Wozu hätten sie denn sonst um ihre Pariser
Beschlüsse dieses fürchterliche Getöse erhaben, wozu um
zu ihrer Annahme mit den härtesten Drohungen zu be-
stimmen gesucht. Nun sind sie, o h n e unsere Zustimmung,
in Kraft getreten — sollte man in London und in Paris
damit noch nicht zufrieden sein, noch immer nicht?

Nein, Herr Briand wenigstens denkt nicht daran,
sich zufrieden zu geben. Im Gegenteil, jetzt fängt er erst
recht an zu drohen, und wenn es nach ihm geht, müssen
wir uns in der Zeit darauf gefaßt machen, daß die Alen-
pauve, deren wir uns, immer in Gemäßheit des Londoner
Diktats natürlich, erfreuen zu dürfen glauben, gerade bis
zum 1. Mai dauern, daß dann aber der unmittelbare
Schreden in unser Land einziehen wird. Denn der franzö-
sische Ministerpräsident hat sich in seiner Senatsrede auf
den Standpunkt gestellt, daß der Streit zwischen Frank-
reich und Deutschland nunmehr lediglich wie ein Rechts-
streit zwischen Gläubiger und Schuldner zu behandeln sei.
Wolle dieser nicht bezahlen, so bleibe eben nichts anderes
übrig, als daß Frankreich sich selber bezahlt mache, mit
allen Zwangsmaßnahmen, deren es habhaft werden
könne. Wie gesagt, wir dürften annehmen, daß dieser
Weg mit der Beschlagnahme unserer Güter, mit der Ein-
behaltung der Hälfte des Kaufpreises deutscher Waren
usw. schon beschritten worden sei; aber Herr Briand spricht
jetzt plötzlich davon, daß er, sobald der Zeitpunkt dafür
gekommen sei, „das gemeine Recht“ gegen Deutschland zur
Anwendung bringen werde, was in seinem Munde offen-
bar besagen will, daß er dann gar nicht mehr nach unserer
Meinung fragen, gar nicht mehr mit uns verhandeln will,
sondern seine „harte Hand auf uns herunterlassen“ lassen
oder, wie es in einem andern Bericht über seine Senats-
rede heißt, uns „mit harter Faust in den Nacken schlagen“
wird. Bis zum 1. Mai gibt er uns noch Zeit. Haben wir
bis dahin unsere Verpflichtungen nicht erfüllt — womit
vielleicht die angeblich noch rückständigen 12 oder 13 Mil-
liarden gemeint sind, die wir, nach unserer Berechnung,
schon längst auf Heller und Pfennig bezahlt haben! — dann
wird er seinen Bundesgenossen sagen, Deutschland handle
besitzlos, und dann will er einfach mit Beschlagnahmen
gegen Deutschland vorgehen. Denn alles, was Deutsch-
land besitze, habe für seine Schuld. Sollen etwa die
Gläubiger Frankreichs, die ihm geholfen sind zu verteidigen,
nicht bezahlt werden, während Deutschland inzwischen
seine anderweitigen Schulden abstoße? So töricht, das
zu dulden, sei er nicht. Er werde Zwang anwenden, und
von diesem Zwang natürlich auch die deutsche Groß-
industrie, die deutschen Bodenrechtler nicht ausnehmen.
Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frank-

reich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest ent-
schlossen sei, das letzte Wort zu haben. Er behaupte das
deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß
das Recht auf Seiten der Alliierten liege, und daß man
entschlossen sei, zu seinen Forderungen zu gelangen —
wenn nötig, mit Gewalt.

Im Einverständnis mit seinen Verbündeten — soll
man glauben, daß Herr Briand sich dieses Einverständnis
bereits für den ganzen Weg gesichert hat, den er zu
gehen entschlossen ist? Er weiß in seiner Rede insbeson-
dere auch für die Vereinigten Staaten mancherlei Schmei-
chelhaftes einfließen zu lassen und gibt sich den Anschein,
zu glauben, daß, soweit Amerika der Politik der Entente
nicht in allem und jedem zu folgen bereit sei, diese Vor-
behalte deutscher Propaganda zugeschrieben werden müßten,
die es verstanden habe, trotz ihrer Schwermüdigkeit
und der Mißachtung, die nun einmal Deutschland gegen
andere Nationen an sich habe, in den Vereinigten Staaten
einen gewissen Eindruck zu machen. Aber Briand ist ge-
wis, daß Amerika sehr bald wieder ruhig in den Schoss
der alleinstehenden Entente zurückkehren werde. Und
über die Zustimmung Englands scheint er sich überhaupt
keine Sorgen zu machen. Lloyd George tritt ja vor
Loyalität, und er hat die Sache Frankreichs bei den Lon-
doner Verhandlungen vorzüglich vertreten. Kein Wort
darüber, ob Frankreich, falls es sich trotz alledem in der
Zukunft auf das volle Einverständnis der Verbündeten
einführen sollte, seinen Weg auch allein bis zu Ende
gehen würde. Eine solche Antifingung hat man lieber
einem in Brüssel erscheinenden Franzosenblatt überlassen,
damit jeder sich nach der Senatsrede von Briand sein Teil
denken könne.

In diesem Zusammenhang gewinnen die Verhandlungen,
die Frankreich durch seinen Sondergesandten Bi-
viani in Washington führen ließ, wie diejenigen,
die Deutschland durch seine bekannte Denkschrift mit dem
Präsidenten Harding einzuleiten suchte, eine besondere Be-
deutung. Noch läßt sich nicht erkennen, ob diese oder jene
zu einem praktischen Ergebnis führen werden. Sehr mög-
lich, daß die Vereinigten Staaten es vorgezogen, auch weiter-
hin den europäischen Verhandlungen gegenüber sich in
neutraler Zurückhaltung zu gefallen. Zu
wenigen Tagen wird Herr Harding die neue Session des
amerikanischen Kongresses zu eröffnen haben. Vielleicht,
daß er dann endlich mit seinen politischen Ansichten deut-
licher hervortritt.

Deutsch-russischer Konsularvertrag.

Stärke Waldkonzessionen.

Wie von unterrichteter Seite in Berlin erklärt wird,
steht der endgültige Abschluß des deutsch-russischen Konsu-
lar-Vertrages unmittelbar bevor. Der Vertrag liegt zur-
zeit der Sowjetregierung zur definitiven Zustimmung vor.
In Deutschland dürfte er schon deswegen auf keinerlei
Schwierigkeiten stoßen, weil auf die Ansprüche deutscher
Eigentümer in Rußland in dem Vertrage keineswegs Ver-
zicht geleistet wird. Vielmehr erhalten die deutschen Un-
ternehmer, die ihre russischen Unternehmungen verlassen
müßten, nunmehr Gelegenheit, unter dem sicheren Schutz
des Konsularvertrages die Weise nach Rußland anzutreten
und selbst an Ort und Stelle die wirtschaftlichen Beziehun-
gen anzuknüpfen. Es haben bereits mehrere große In-
dustrieunternehmen, darunter der Stinnes- und Thyssen-Kon-
zern, sich bedeutsame Wald- und andere Konzessionen durch
Ankauf gesichert. Der Vertrag steht für die Ausdehnung
der wirtschaftlichen Beziehungen auch eine Vergrößerung
der deutschen konsularischen Vertretung in Moskau vor.
Da er sich im allgemeinen im Rahmen der üblichen Kon-
sularvereinbarungen hält, wird er mit Ausnahme der in
ihm enthaltenen Anwesenheitsbestimmungen der Genehmigung
des Parlaments nicht bedürfen.

Eine russische Annahmekommission, bestehend aus drei
Ingenieuren, zur Übernahme der in Deutschland bestellten
1000 Lokomotiven ist nach Deutschland unterwegs. Die
Lieferung wird Mitte Mai beginnen.

Severing über den Kommunistenaufruhr.

„Die schweinhäutigen Maulhelden.“

In einer Funktionärerversammlung des Bezirksverbandes
Berlin der S. P. D. referierte der preussische Minister
des Innern, Severing, über den mitteldeutschen Aufruhr.
Die Regierung hat nicht das erste Dynamitattentat am
16. März abgewartet, sondern bereits am 14. März eingegriffen.
Die Aktionen wurden durch die Polizei ausgeführt. Selbst die
Unabhängigen haben zugestehen müssen, daß die Polizei nicht
provokiert hat, daß vielmehr die ersten Schüsse von
Bolschewikern gefaßt sind. Die Polizei

hat den Aufruhr niedergeschlagen, was denen nicht be-
lagte, die auf die Gelegenheit zu einem neuen Ropy-
Buisch hoffen. Dadurch, daß wir die Polizei verurteilt
haben, wurde verhindert, Deutschland in einen neuen
Bürgerkrieg zu verwickeln. Gemessen an den Aufrühen
der letzten Jahre ist

diese Bewegung ziemlich unblutig
geblieben. Mit einem kommunistischen Arbeiter, der an
den Sieg der Idee glaubt, kann man zusammenarbeiten,
aber nicht mit Verbrechern. Die „rote Fahne“ hat er-
klärt, daß die Sanktionen der Entente benutzt werden
müßten, um Deutschland Schwelgerleuten zu bereiten, und
daß sie das Signal zum Vorgehen der Kommunisten auf
der ganzen Linie werden wird. Wir verurteilen auf das
schärfste diesen Verrat. Wenn morgen zu neuen Russen
aufgerufen wird, wird die Arbeiterschaft dieser Parole
nicht folgen. Wir werden vielleicht nächsten Aktionen
machen müssen, die den Endkampf um die politische Macht
vorstellen, aber wir werden keine nutzlosen Demonstrationen
machen und die Kraft der Arbeiterschaft schwächen.
Gegen die schweinhäutigen Maulhelden sowie gegen die
Monarchisten, denen sie Zuträgerdienste leisten, müssen wir
scharf vorgehen.

Widerrücktransport der Reichswehr.

Die Reichswehr des Oberpräsidenten der Provinz
Sachsen teilt mit: „Die Streifenbauern fort, und ver-
strenge Ausfühler werden immer noch festgenommen. Die
Ausnahmegesetze haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Der
Widerrücktransport der Reichswehr in ihre Garnisonen hat
begonnen. Die Verluste der Schutzpolizei während der Auf-
ruhrbewegung sind folgende: 33 Tote, 57 Verwundete und
1 Vermißter.“

Aushebung des radikalen Stabsquartiers.

Die Aushebung des sog. Stabsquartiers der roten
Armee für Mitteldeutschland, das im Hause Reilstraße 84
in Halle untergebracht war, hat jetzt zur Aufhebung der
ganzen Organisation der kommunistischen Aufschüttung
geführt. Die Oberleitung des Aufstandes befand sich da-
nach in den Händen eines gewissen Robert Kruse aus
Berlin, der im Hause Köpferstraße 12 abgetrennt war.
Mit der Oberleitung zusammen arbeitete ein gewisser Wil-
helm Fuchs, Berliner Straße 31. Bei dem Gastwirt Late
war eine Kurierzentrale eingerichtet. Am Karfreitag war
die Oberleitung mit ihren Mitarbeitern ins Aufstands-
gebiet abgereist. Vom Oberkommando in der Köpferstraße
gingen sämtliche Meldungen und Befehle an die Bezirks-
leitung nach Reilstraße 84. Unter den Karten und Schrift-
stücken, die beschlagnahmt wurden, waren Situationsberichte
militärischer Art, genaue Pläne usw. über die Organisa-
tion des Aufstandes, den Zeitpunkt des Losschlages und
die Ausdehnungsmöglichkeiten. Eine Anzahl Papiere
lieferten den Beweis, daß aus Rußland Informationen,
Anfragen und Geldsendungen gekommen waren.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abmarsch der Engländer aus Oberschlesien.

Die englische Regierung teilte der französischen mit,
daß gewisse militärische Einheiten, die sich gegenwärtig
auf fremden Schauplätzen befinden, aus innerpolitischen
Gründen zurückgezogen werden, insbesondere vier Ba-
taillone aus Oberschlesien. Hierzu meldet „Figaro“, daß
die englischen Bataillone in Oberschlesien durch franzö-
sische ersetzt werden.

Kein Abbau der Feuerzuzulagen für Beamte.

In einer Anfrage des deutschen Reichstages an den
Russen wurde die Frage aufgeworfen, wie das Preu-
sische Staatsministerium zu einer angeblichen Absicht des
Finanzministeriums steht, die Feuerzuzulagen für die
Beamten für 1921 um 25 Prozent abzubauen. Der am-
tliche Preussische Pressedienst erklärt hierzu, daß von einem
solchen Plan im Finanzministerium auch nicht mit einem
Wort gesprochen worden ist.

Ein Stinnesdampfer „Ludendorff“.

Wie aus Bremen gemeldet wird, findet auf der Werft
des Bremer „Ludendorff“ in Begleit der Stapellauf des für
Stinnes bestimmten Dampfers „Ludendorff“ statt. Auf
Veranlassung des Arbeiterrats der Werft wird der Stapel-
lauf ohne Anwesenheit von Gästen vor sich gehen. Die
Arbeiterschaft wird vor dem Stapellauf die Werft ver-
lassen, bis auf die Leute, die zum Stapellauf erforderlich
sind.